

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klarheit schaffen über die durch Euro- und Griechenland-Rettung bestehenden und möglichen Belastungen für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und die öffentlichen Haushalte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich und künftig mindestens alle zwei Monate über die Auswirkungen der Rettungspakete für den Euro und für Griechenland Bericht zu erstatten und dabei insbesondere folgende Fragen zu klären:

1. Belastungen für die Bundesrepublik Deutschland:

- a) Welche Belastungen entstehen für Deutschland einschließlich der Institutionen KfW und Bundesbank – oder sind bereits entstanden – durch die Unterstützung Griechenlands und die Stabilisierung des Euro, aufgeschlüsselt nach:
 - direkten und indirekten Auswirkungen aus dem bereits vereinbarten Schuldenschnitt für Griechenland,
 - direkten und indirekten Auswirkungen der Rettungspakete,
 - geleisteten bilateralen Verpflichtungen inklusive Krediten und Bürgschaften,
 - Beteiligungen an betreffenden Institutionen wie z.B. EFSM, EFSF, ESM, IWF, EZB,
 - direkten Verpflichtungen durch Kredite und Bürgschaften,
 - indirekte Verpflichtungen durch z.B. TARGET 2, Haftung für EZB-Verbindlichkeiten, Gewährleistungen für Badbanks (FMS, EAA).

b) Wie verteilen sich die Belastungen auf:

- tatsächliche Zahlungsströme
- Haftungs- und Ausfallrisiken (mit einer Einschätzung der Eintritts- bzw. Ausfallwahrscheinlichkeit und -höhe).

2. Belastungen für und Auswirkungen auf den Freistaat Bayern:

- a) Welche Auswirkungen haben die europäische Staatsschuldenkrise und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung für die BayernLB und die bayerischen Sparkassen sowie andere Institutionen des Freistaats?
- b) Welche direkten und indirekten Auswirkungen, haben die von Bundesregierung und Bundestag eingegangenen Verpflichtungen auf den bayerischen Staatshaushalt (unmittelbar und mittelbar)?

Begründung:

Die jüngste Abstimmung im Deutschen Bundestag zum sog. zweiten Rettungspaket für Griechenland hat deutlich gezeigt, dass nicht einmal die Mehrheit der Regierungsfractionen hinter dem neuerlichen Rettungspaket steht.

Offenbar sind sich nicht einmal die Abgeordneten des Deutschen Bundestags bei ihren Entscheidungen darüber im Klaren, über welche Verpflichtungen und Risiken sie bei diesen Rettungsaktionen im Detail abstimmen. Scheinbar hat man seitens der Verantwortlichen in Staat, Regierung und Parlamenten die genaue Übersicht darüber verloren, in welchem Umfang und über welchen Zeitraum man deutsches Steuergeld ausgibt oder verpfändet. Noch undurchsichtiger gestaltet sich die Diskussion für die deutschen Bürgerinnen und Bürger. Weiter zunehmende Politikverdrossenheit und Europaskepsis sind die unvermeidliche Folge.

Da Bayern auch durch die Euro- und Griechenlandrettung unmittelbar betroffen ist, ist es daher unbedingt geboten, größtmögliche Transparenz und Aufklärung zu schaffen. Denn unklar ist bislang, inwieweit der Freistaat Bayern bzw. seine Institutionen direkt oder indirekt an diesen Rettungsaktionen beteiligt sind bzw. durch Auswirkungen betroffen sein könnten. Etwa entstehende neuerliche Milliardenrisiken müssen frühzeitig absehbar sein, für die dann ggf. auch rechtzeitig vorgesorgt werden muss.

Da sich auch für den Freistaat Bayern und seine Institutionen Risiken ergeben könnten, ist eine Beteiligung und umfassende Information des Landtags unabdingbar. Die Dynamik der Ereignisse und Entscheidungen macht es nötig, dass der Landtag in einem ausreichend kurzen Turnus zu diesen Sachverhalten umfassend informiert wird.